

Dichtheitsprüfung?

Die Diskussion über die Pflicht von Dichtheitsprüfungen bei privaten Abwasserleitungen bis Ende 2015 ist voll in Gang. Sinn und Zweck der Untersuchungen werden genau so in Frage gestellt wie die Möglichkeit suggeriert, die Kommunen könnten auf die Untersuchungen einfach so verzichten. Klar auch, manche Fraktion springt unreflektiert sofort auf diesen Zug auf.

Prüfpflicht bleibt

Intelligente und dadurch kostengünstige Lösungen als Service für die Bürger fordern wir seit 2002. Die momentane Hektik besteht nur, weil bisher alle unsere konstruktiven Hinweise abgewiesen wurden. Erst unser letzter Antrag konnte endlich Gehör finden.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat bereits klargestellt, dass Dichtheitsprüfungen bei privaten Abwasserleitungen aus Gründen des Umwelt- und Trinkwasserschutzes sinnvoll sind und deshalb das "Ob" der Prüfpflicht nicht in Frage steht. Sie bezieht sich auf die entsprechenden Vorschriften im Landeswassergesetz NRW, das so lange Anwendung findet, bis der Bund einmal eine einheitliche Vorgabe erlässt.

Die Dichtheitsprüfung bei privaten Abwasserleitungen sei vergleichbar mit der Hauptuntersuchung beim Auto, die alle zwei Jahre durchgeführt werden muss. Die Dichtheitsprüfung müsse allerdings nur im Abstand von 20 Jahren durchgeführt werden. Auch seien der Austritt von Schmutzwasser aus undichten privaten Abwasserleitungen und die Versickerung in das Grundwasser strafbar.

Umsetzung

Es liegt nun an der Stadt Nideggen, durch Satzung noch in 2011 unter Beachtung verschiedener Fristen Regelungen zur Dichtheitsprüfung zu erlassen. Über die Satzung lässt sich die eigentliche Frist teilweise von 2015 auf Ende 2023 verlängern.

Auch wird immer wieder missverstanden, dass es zunächst nur um die Durchführung der Dichtheitsprüfung geht. Ob überhaupt und wenn ja, wie eine defekte private Abwasserleitung saniert werden muss, entscheidet sich erst nach dem Ergebnis der durchgeführten Dichtheitsprüfung. Der Zeitraum, in dem die Sanierung durchgeführt werden muss, richtet sich nach dem festgestellten Schadensbild. Bei der Sanierung einer Abwasserleitung geht es insbesondere darum, welche kostengünstigste Möglichkeit in Betracht gezogen werden kann. Und hier empfiehlt es sich, dass die Stadt Nideggen den Grundstückseigentümern mit Tipps und Hinweisen weiter hilft, möglichst sogar die Prüfungen koordiniert. Wer z.B. einem Angebot folgt, zusammen mit anderen Besitzern einen kompletten Straßenzug untersuchen zu lassen, dürfte wegen der auf alle zu verteilenden Kosten für An- und Abfahrt, Standorteinrichtung etc. um einiges kostengünstiger die Vorschriften erfüllen als bei Einzelbeauftragungen.

Selbst die Ministerpräsidentin empfiehlt, die Frist 2015 nicht einfach so stehen zu lassen. Will die Stadt dem Servicegedanken folgen, müssen ihre Mitarbeiter die Dichtheitsprüfungen koordinieren und können nur sukzessive abarbeiten. So lassen sich auch neue Ergebnisse problemlos berücksichtigen.

Ganz nebenbei schützt eine städtische Koordination vor betrügerischen Machenschaften. Denn die zwingende Durchführung lockt selbstverständlich auch zwielichtige Anbieter an. Diese würden den Ansprechpartnern bei der Stadt schnell auffallen.

Schulstandort muss erhalten bleiben!

Geburtenzahlen fordern zukunftssichere Ausrichtung

Die Eingaben der Bürgermeisterin zum Haushalt 2011 lassen nicht nur für die finanzielle Situation der Stadt Böses ahnen. Zählte die Verwaltung in 1999 noch 130 Geburten, konnte sie in 2009 nur noch 70 neugeborene Kinder registrieren. Diese Zahlen werden Auswirkungen auf unsere Schulinfrastruktur haben.

Schulentwicklungsplanung

Für Mitte Juni hat der Kreis Düren zur Präsentation der Schulentwicklungsplanung eingeladen. Schon ohne hellseherische Fähigkeiten kann prognostiziert werden, dass die Schülerzahlen den Stadtrat zwingen, neu über unsere Schullandschaft nachzudenken.

70 Kinder sind vielleicht schon zu wenig, um jeden unserer Grundschul-Standorte mit genügend Anmeldungen aufwarten zu lassen. Bei ca. 50% später aufs Gymnasium wechselnden Schülern bleiben aber auch keine wirklich hoffnungsvollen Zahlen für die weiterführenden Angebote am Schulzentrum. Trotz der Jugendlichen aus Heimbach und traditionell weiterer aus anderen Nachbarkommunen sind die Aussichten nicht rosig. Da dürfen die momentan guten Besucherzahlen der Realschule nicht den Blick vernebeln.

Ohne bessere Prognosen muss zur Sicherung des Schulstandorts Nideggen auch über eine Gemeinschaftsschule nachgedacht werden! Denn ohne ortsnahe Schule wird Nideggen unattraktiv für Familien, die keine Beschäftigung im Stadtgebiet oder in direkter Umgebung haben.

Vernunft hat gesiegt

Vergleich zieht Schlussstrich

Die Vorgeschichte: Heinrich Esser, Vorsitzender der MfN, hatte uns wegen unserer Äußerungen über die Aufwandsentschädigungen gerichtlich belangt und eine Unterlassungsklage eingereicht. Ein klärendes Gespräch lehnte Herr Esser ab, weshalb wir uns ebenfalls anwaltlich vertreten lassen mussten.

Den unter Moderation von Frau Joachim, Richterinnen am Amtsgericht Düren, mit Herrn Esser erzielten Vergleich drucken wir hier gerne ab:

"Im Hinblick auf die Äußerung in dem Flugblatt der Unabhängigen aus Juli 2010 sowie der damaligen Äußerung in dem Internet-auftritt der Unabhängigen aus dem Juli 2010, die Aussage aus dem Flugblatt Menschen für Nideggen betreffend die Höhe der Aufwandsentschädigung, auf die

Herr Heinrich Esser verzichtet habe, sei falsch wiedergegeben worden, wird folgendes klargestellt: Die Menschen für Nideggen beziehungsweise Herr Heinrich Esser sollten nicht als Lügner bezeichnet werden, sondern es sollte lediglich klargestellt werden, dass die Einsparung der Aufwandsentschädigung nicht für den gesamten Zeitraum der Wahlperiode erfolgt ist, sondern erst ab dem Zeitpunkt, nämlich Januar 2007, ab dem die Fraktion gebildet worden ist. Bis zur Bildung der Fraktion bestand kein Anspruch auf Aufwandsentschädigung."

Wir sind zufrieden, wie gehofft hat die Vernunft gesiegt. Der Vergleich beendet eine acht Monate andauernde Auseinandersetzung, wobei jede Partei ihre Kosten zu tragen hat. Unsere ohnehin knappe Freizeit können wir jetzt wieder für die politischen Belange einsetzen.

